

VOLKS
BLATT | SPLITTER

«Voll in der Pubertät»



LONDON – Harry Potter ist zum ersten Mal verliebt. In dem am Samstag erscheinenden fünften Band der Bestsellerserie hat der nunmehr 15 Jahre alte Zauberlehrling seine erste Beziehung, verrät Autorin Joanne K. Rowling. «Harry hat zum ersten Mal eine Art von Beziehung. Die Betonung liegt sehr stark auf «eine Art von», sagte die 37-Jährige der «Times». In einem anderen Interview fügte sie hinzu: «Jedes Mal, wenn Harry wieder zur Schule geht, muss er durch die Hölle. Ich dachte, ein bisschen Rumknutschen würde die Sache erleichtern.»

Notstand ausgerufen



PHOENIX – Ein schnell um sich greifendes Feuer in einer Gebirgsregion im US-Staat Arizona hat rund 250 Gebäude zerstört. Die Gouverneurin von Arizona rief den Notstand aus und forderte mehr Hilfskräfte an. Seit Ausbruch des Feuers, vermutlich durch einen Blitzschlag, brannten über 400 Hektar Land ab. Nach US-Medienberichten vom Donnerstag (Ortszeit) weitete sich der bereits am Dienstag ausgebrochene Waldbrand durch heftige Winde so schnell aus, dass sich die Einsatzteams der Feuerwehr in Sicherheit bringen mussten.

Ältester Italiener gestorben

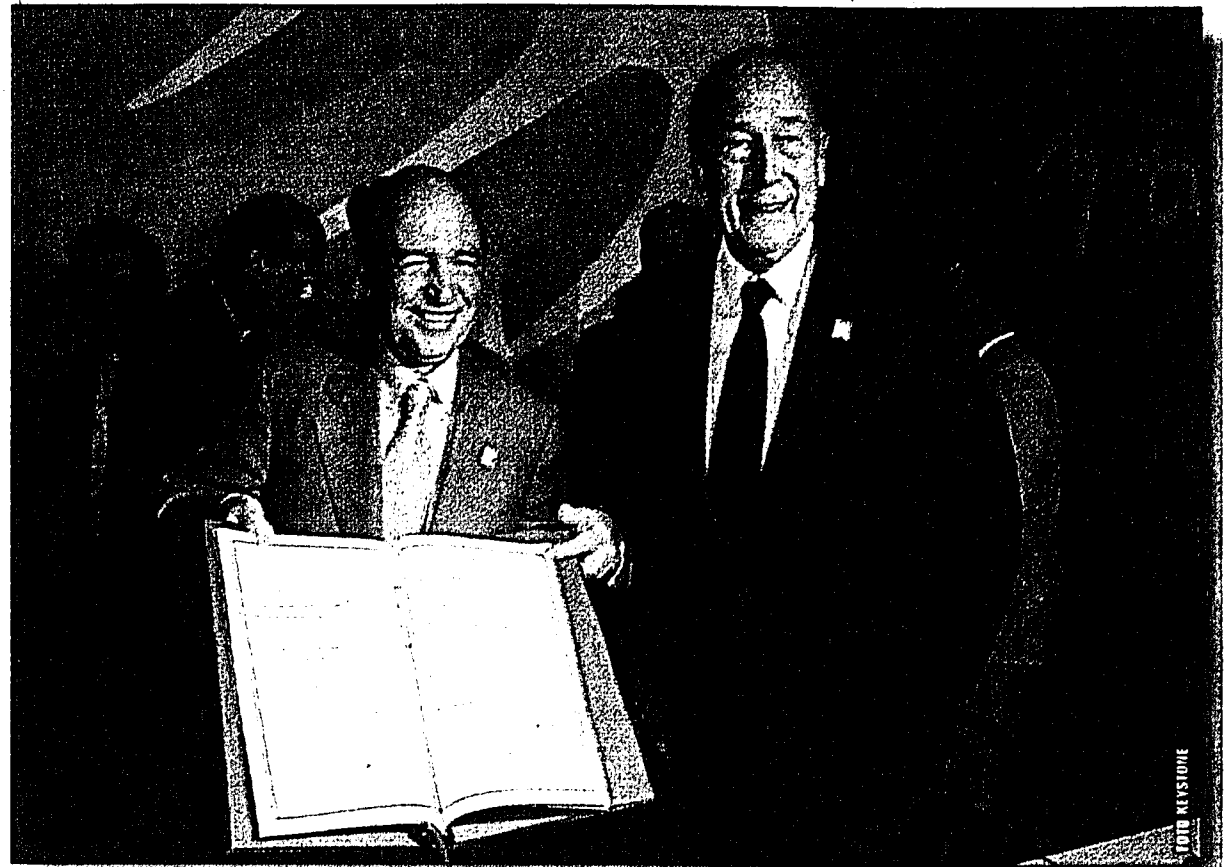
ORROLI – Mit 112 Jahren ist der älteste Italiener auf seinem Bauernhof auf Sardinien gestorben. Nach zwei Tagen ohne Nahrung sei Giovanni Frau am Donnerstag friedlich eingeschlafen, sagte sein Enkel Raffaele Moi am Freitag in der Ortschaft Orroli. Geboren am 29. Dezember 1890, hat Frau zwei Jahrhunderten erlebt. Der Bauer hatte acht Kinder, von denen drei noch leben. Seine Frau starb 1995 im Alter von 90 Jahren. Frau wurde im Guinness-Buch der Rekorde als viertältester Mann der Welt aufgeführt.

Verfassung rückt näher

EU-Gipfel empfiehlt Konventsentwurf als «gute Ausgangsbasis»

PORTO KARRAS – Europa ist dem historischen Ziel einer gemeinsamen Verfassung einen Schritt näher gekommen. Der EU-Gipfel in Nordgriechenland empfahl am Freitag der Regierungskonferenz den Konventsentwurf als «gute Ausgangsbasis». Bis spätestens Frühjahr 2004 soll nun auf höchster Ebene der endgültige Text ausgehandelt werden. Das Treffen der EU-Chefs in dem Badeort Porto Karras wurde von teilweise gewaltsamen Protesten begleitet.

Der Präsident des EU-Konvents, Valéry Giscard d'Estaing, sagte, sein Verfassungsentwurf habe bei den Staats- und Regierungschefs breite Unterstützung gefunden. Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder erklärte, die EU-Chefs hätten 90 bis 95 Prozent des Verfassungsentwurfs akzeptieren können. «Man wird sich über die fünf Prozent auch noch einigen können», sagte Schröder. Zurückhaltend äusserte sich der britische Premierminister Tony Blair. Sein Land werde keine Souveränitätsrechte aufgeben. Mehrheitsentscheidungen in der gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik, der Sozialpolitik und der Steuerpolitik lehnte er ab. Schröder betonte erneut, er hätte sich die Einführung von



Der griechische Ministerpräsident und amtierende EU-Ratspräsident Kostas Simitis (links) und Konventspräsident Valéry Giscard d'Estaing präsentieren den Verfassungsentwurf.

Mehrheitsentscheidungen in der Aussen- und Sicherheitspolitik gewünscht, räumte aber ein: «In der Frage von Krieg und Frieden wird es Mehrheitsentscheidungen kaum geben können.» In weniger existenziellen Fragen liege die Lösung

möglicherweise in unterschiedlichen Quoren (Mindestanzahl von Ja-Stimmen).

Der EU-Gipfel leitete auch eine globale Sicherheitsstrategie ein, mit der die Europäer auf Bedrohungen wie Terrorismus, Armut,

Aids und Massenvernichtungswaffen reagieren wollen. Die EU-Chefs begrüßten ein Papier des EU-Aussenbeauftragten Javier Solana, das auch den Einsatz von Gewalt als letztes Mittel nicht ausschliesst.

Powell fordert hartes Durchgreifen

Untergrundorganisation Hamas als «Feind des Friedens» bezeichnet

JERUSALEM – US-Aussenminister Colin Powell hat die Palästinenser zu einem schärferen Vorgehen gegen die Untergrundorganisation Hamas aufgefordert. Der palästinensische Ministerpräsident Mahmud Abbas hat ein gewaltsames Vorgehen gegen die bewaffneten Gruppen abgelehnt, um keinen Bürgerkrieg zu riskieren.

Die Hamas bezeichnete Powell auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Sharon als «Feind des Friedens». Sharon erklärte, so lange die Gewalt weitergehe, werde es keine Fortschritte geben. Auch beim Treffen mit Abbas bekräftigte Powell seine Forderung. «Gewalt und Terror sind kein Weg zur Gründung eines Staates», erklärte er. Abbas hatte sich noch am Vortag



Die Bemühungen des palästinensischen Ministerpräsidenten Mahmud Abbas blieben ergebnislos.

ergebnislos um eine Zusage militanter Gruppen bemüht, für die Umsetzung des internationalen Friedensplans Angriffe auf Israel einzustellen. Der palästinensische Ministerpräsident rief Israel auf, «von einem Feind zu einem Partner zu werden». Israel müsse als ersten Schritt seine Blockaden lockern, den Bau von Siedlungen einstellen und palästinensische Gefangene freilassen, forderte er.

Umstritten sind zwischen Israelis und Palästinensern derzeit vor allem zwei Punkte: die gezielten Tötungen gesuchter Palästinenser seitens Israels und der Umfang des israelischen Rückzugs aus den Autonomiegebieten. Ein weiteres Treffen von Sicherheitsexperten beider Seiten unter Leitung des US-Gesandten John Wolf verlief am Donnerstagabend ergebnislos.

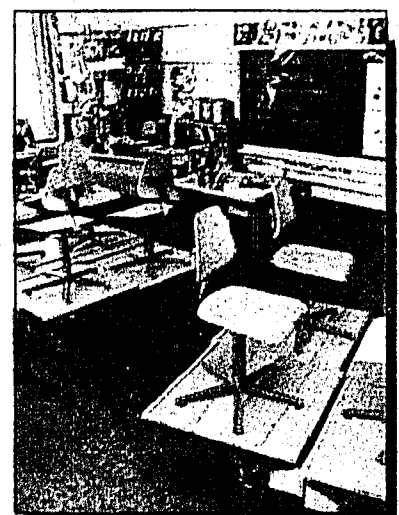
Lehrerstreik

Über zwei Drittel legten Arbeit nieder

ZÜRICH – Gegen 5700 Volksschullehrerinnen und -lehrer haben am Freitag im Kanton Zürich gegen die drohenden Sparmassnahmen im Bildungswesen gestreikt. Sollten diese von der Regierung nicht zurückgenommen werden, bleibt die Lehrerschaft kampfbereit.

5678 streikende Volksschullehrkräfte aus 293 Schulhäusern waren beim Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV) gemeldet, darunter auch einige wenige Kindergärtnerinnen. 2036 legten den ganzen Tag ihre Arbeit nieder, 2584 den halben Tag. Die übrigen 1058 legten eine einstündige Protestpause ein. An einer Medienorientierung von Lehrerverbänden und Gewerkschaften (ZLV, der

VPOD und SekZH) wurde der Streiktag als «voller Erfolg» gewertet.



Viele Klassenzimmer blieben gestern leer.

Schweizer Premiere

Kantone streben Referendum an

BERN – Erstmals überhaupt soll es in der Schweiz zu einem Kantonsreferendum kommen. Das Volk soll über das am Freitag von den Eidgenössischen Räten verabschiedete Steuerpaket abstimmen. Das hat die Konferenz der Kantonsregierungen gleichentags beschlossen.

127 Abgeordnete stimmten am Freitag in den Eidgenössischen Räten für und 82 gegen das Steuerpaket. Dieses bedeutet für die direkte Bundessteuer Ausfälle von 2,01 Milliarden Franken. Dem Bund entgehen 1,5 Milliarden und den Kantonen 510 Millionen. Für Kantone und Gemeinden zieht das Paket zudem Ausfälle von 1,1 bis 1,3 Milliarden bei den eigenen Steuern nach sich. Um Familien und

Mittelstand zu entlasten, bringt das Steuerpaket ein Teilsplitting für Ehepaare und höhere Abzüge. Dazu kommt ein für Ersterwerbter grosszügig abgefederter Systemwechsel bei der Wohneigentumssteuer (Abschaffung des Eigenmietwerts und der Schuldzinsabzüge ab 2008). Die Grünen kündigten am Freitag das Referendum gegen das Sparpaket an. Bekämpft wird das Steuerpaket nicht nur vom links-grünen Lager, sondern auch von den Kantonen, welche die massiven Steuerausfälle nicht hinnehmen wollen. Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) beschloss am Freitag in Bern, das Kantonsreferendum zu ergreifen.

Dieses soll erstmals seit der Festschreibung in der Verfassung im Jahr 1874 zur Anwendung kommen.

www.volksblatt.li

**Grösstes
Text- und Bildarchiv
auf
Liechtensteins
Mediensite
No. 1**

www.volksblatt.li